

Geschäftsbericht

2005



Der Vertreterversammlung vorgelegt am 11. Juli 2006.

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Lagebericht	3
Jahresabschluss	
Jahresbilanz	8
Gewinn- und Verlustrechnung	12
Anhang	
Erläuterungen zur Jahresbilanz – AKTIVA	14
Entwicklung der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr	15
Erläuterungen zur Jahresbilanz – PASSIVA	16
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	19
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	21
Bericht des Aufsichtsrates	22
Aufsichtsrat und Vorstand	22

Überblick

Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. betrieb im Berichtsjahr 2005 die Krankheitskosten-, die Krankenhaustagegeld-, die Krankentagegeld- sowie die Pflegekranken- und Pflegepflichtversicherung.

Versicherungsgeschäfte gegen feste Entgelte im Sinne von § 21 Abs. 2 VAG sind – mit Ausnahme der Reisekrankenversicherung – nicht abgeschlossen worden.

Der Geschäftsverlauf des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. war im Berichtsjahr 2005 zufrieden stellend. Sowohl der Versichertenbestand als auch die Beitragseinnahmen konnten erneut gesteigert werden.

Die Versicherungsleistungen einschließlich der Regulierungsaufwendungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 7,5 % gestiegen.

Im Berichtsjahr wurden 61,6 Mio. EUR als Beitragsrückerstattung an Versicherungsnehmer ausgezahlt. Der Betrag setzt sich zusammen aus Auszahlungen für Versicherte, die für das Kalenderjahr 2004 keine Versicherungsleistungen in Anspruch genommen hatten oder deren einmaliger Erstattungsantrag niedriger als die mögliche Beitragsrückerstattung war und auf diese angerechnet wurde. Je nach Dauer der Schadenfreiheit betrug die hierfür ausgezahlte Beitragsrückerstat-

tung in den betroffenen Tarifen bis zu 50 % eines Jahresbeitrages. In dem genannten Gesamtbetrag sind außerdem Auszahlungen in Form von Beitragsgutschriften enthalten, die für Versicherte, die an der Beitragsrückerstattung für kostenbewusstes Verhalten teilnehmen, aufgewendet wurden.

Es wurden bereits Beschlüsse gefasst, wonach auch in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 für im jeweiligen Vorjahr schadenfrei gebliebene Versicherte eine Beitragsrückerstattung ausgezahlt wird, die bis zu 50 % des gezahlten Jahresbeitrages erreichen kann. Zusätzlich wurde für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 eine Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Im Berichtsjahr wurden den versicherten Personen 32,5 Mio. EUR gutgeschrieben. Dieser Betrag dient als Anwartschaft zur Beitragsermäßigung, insbesondere zur Vermeidung oder Begrenzung von Beitragserhöhungen im Alter. Darüber hinaus wurden für 2006 Einmalbeiträge in der Rückstellung für Beitragsrückerstattung reserviert.

Versichertenbestand

Die Zahl der versicherten natürlichen Personen erhöhte sich von 424.955 am 31.12.2004 auf 425.483 am 31.12.2005.

Die Aufteilung des Bestandes auf die einzelnen Versicherungsarten ergibt sich aus den Angaben im Anhang.

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich von 644.768 TEUR im Jahre 2004 auf 674.912 TEUR im Jahre 2005. Die Zunahme um 30.144 TEUR entspricht

einer Steigerung von 4,7 %. Besonders stark wurden die Beitragseinnahmen in der Krankheitskosten-Vollversicherung ausgebaut.

Im Berichtsjahr 2005 entfielen auf	Gebuchte Bruttobeiträge	Anteil in %
- Krankheitskostenversicherungen	535.444 TEUR	79,3
- Krankentagegeldversicherungen	24.790 TEUR	3,7
- Selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	11.265 TEUR	1,7
- sonstige selbständige Teilversicherungen	53.850 TEUR	8,0
- Pflegepflichtversicherungen	48.385 TEUR	7,2
- Auslandsreisekrankenversicherungen	1.179 TEUR	0,2
	674.912 TEUR	100,0

Versicherungsgeschäftliches Ergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Schäden und Kosten von der Jahresbeitragseinnahme verblieb ein versicherungsgeschäftliches Ergebnis in Höhe von 94.421 TEUR (Vorjahr: 93.534 TEUR). Auf Grundlage der verdienten Bruttobeiträge belief sich die versiche-

rungsgeschäftliche Ergebnisquote auf 14,0 % (Vorjahr: 14,5 %). Diese und die im Folgenden genannten Quoten beruhen auf den vom Verband der privaten Krankenversicherung e.V. empfohlenen Berechnungsformeln.

LAGEBERICHT

Schadenquote

Die Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle einschließlich der Regulierungsaufwendungen stiegen von 387.486 TEUR auf 416.634 TEUR. Unter Berücksichtigung der Zuführungen zu den Rückstellungen für das mit dem Alter wachsende Risiko und den aus der

Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Beiträgen betrug der Schadenaufwand insgesamt 543.749 TEUR; bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge belief sich damit die Schadenquote auf 80,6 % (Vorjahr: 79,1 %).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Abschlusskosten veränderten sich im Einklang mit der Entwicklung des Zugangs an Versicherten auf 24.764 TEUR (Vorjahr: 29.780 TEUR). Bezogen auf die verdienten Bruttobeiträge ergibt sich hieraus eine Abschlusskostenquote von 3,7 % (Vorjahr: 4,6 %).

Die sonstigen Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb beliefen sich auf 11.975 TEUR (Vorjahr: 11.574 TEUR); das sind 1,8 % (Vorjahr: 1,8 %) der verdienten Bruttobeiträge.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen wuchsen gegenüber dem Vorjahr um 11,1 % auf 3.149,1 Mio. EUR. Die Erträge aus den Kapitalanlagen beliefen sich im Berichtsjahr auf 168,9 Mio. EUR.

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen überstiegen

die laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen um 128.531 TEUR (Vorjahr: 129.524 TEUR). Es ergibt sich eine laufende Durchschnittsverzinsung von 4,3 % (Vorjahr: 4,8 %). Weitere Einzelheiten in diesem Zusammenhang sind im Risikobericht dargestellt.

Überschuss

Nach Bildung der versicherungstechnischen und anderen erforderlichen Rückstellungen und nach Buchung des Steueraufwandes schließt das Geschäftsjahr mit einem Überschuss in Höhe von 123.680.002,84 EUR (Vorjahr: 102.451.039,69) ab. Zu der Entwicklung hat

die Veränderung der gesamten Erträge aus Kapitalanlagen maßgeblich beigetragen. Dieser Überschuss wurde unter Beachtung der satzungsmäßigen Bestimmungen wie folgt verwendet:

Zuweisung zur Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	3.130.000,00 EUR
Zuweisung zu anderen Rücklagen	18.870.000,00 EUR
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	101.680.002,84 EUR

Daneben beliefen sich die Zuführungen zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung auf 19.907 TEUR (Vorjahr: 11.356 TEUR). Sie sind hinsichtlich ihrer Zusammensetzung im Anhang aufgeführt.

Unter Berücksichtigung der Zuführungen und Entnahmen betrug die gesamte RfB 463.638 TEUR (Vorjahr: 436.203 TEUR). Die RfB-Quote, welche die erfolgsabhängige RfB zuzüglich der poolrelevanten RfB aus der

Pflegepflichtversicherung an den verdienten Bruttobeiträgen misst, beträgt 65,8 % (Vorjahr: 65,1 %).

Die Überschussverwendungsquote, die sich aus dem Verhältnis der Zuführungen zur erfolgsabhängigen RfB und zur poolrelevanten RfB sowie der gemäß § 12 a VAG für Beitragsentlastungsmaßnahmen im Alter gutgeschriebenen Beträge zum Rohergebnis nach Steuern ergibt, beläuft sich auf 86,6 % (Vorjahr: 87,4 %).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung lagen nach Schluss des Geschäftsjahres nicht vor.

Risikomanagement und Risiken der künftigen Entwicklung

Als Versicherungsunternehmen verfügt der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. aufgrund der für die Versicherungswirtschaft bestehenden gesetzlichen Vorschriften über ein wirkungsvolles Risikomanagementsystem, mit welchem die Risiken der künftigen Entwicklung im Sinne des 1998 in Kraft getretenen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) frühzeitig erkannt und durch Auslösung geeigneter Steuerungsmaßnahmen beherrschbar gemacht werden. Dieses Überwachungssystem wird fortlaufend an veränderte Verhältnisse angepasst und weiter entwickelt. Der Landeskrankenhilfe V.V.a.G. ist damit in der Lage, Risikosituationen angemessen zu beurteilen. Jedoch setzen die zunehmende Komplexität und Dynamik des Unternehmens-Umfeldes jedem

Risikomanagement Grenzen, so dass es letzte Sicherheit nicht geben kann und wird.

Der Risikobericht erfolgt auf der Basis der für das Unternehmen maßgeblichen Kalkulations- und Bilanzierungsvorschriften und ist in Anlehnung an den Deutschen Rechnungslegungsstandard 5-20 aufgebaut. Nach einer Darstellung der Aufgaben, der Organisation und der wesentlichsten Instrumente der Risikoüberwachung und Risikosteuerung werden die bedeutsamsten Risikofelder und die zugehörigen wichtigsten Steuerungsmaßnahmen erläutert. Schließlich wird die Risikolage des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. zusammenfassend dargestellt.

1. Aufgaben, Organisation und wesentlichste Instrumente

Grundlage des Risikomanagementsystems ist die vorhandene Aufbau- und Ablauforganisation des Unternehmens. Hierauf aufbauend ist ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen der einzelnen Funktionsbereiche eingerichtet, welches eine effektive Steuerung des Unternehmens ermöglicht. Das Berichts- und Meldewesen obliegt den Mitarbeitern des Unternehmens. Für das Kontrollwesen und das Risikomanagement zuständig sind die Mitglieder des Vorstands, die Verantwortlichen aller Funktionsbereiche sowie der Risikomanager. Die aus den einzelnen Funktionsbereichen resultierenden Wahrnehmungen werden im zentralen Risikomanagement zusammengeführt und bewertet. Dabei wird ein ganzheitlicher Ansatz verfolgt mit dem Ziel, wechselseitige Bezüge zwischen den aktiv- und passivseitigen Risiken sowie den strategischen und operationalen Risiken zu analysieren und zu steuern. Werden dabei unerwünschte oder ungünstige Entwicklungen erkennbar, werden erforderlichenfalls Steuerungsmaßnahmen zur Bewältigung der jeweiligen Risiken ausgelöst. Zur Vorbereitung risikobezogener Entscheidungen und Maßnahmen sowie zur Gewährleistung der Erfüllung von Anforderungen an die Risikoberichterstattung dient die Risikokonferenz, die unter Federführung des für das Risikomanagement zuständigen Vorstandsmitgliedes regelmäßig und darüber hinaus bei besonderem Bedarf zusammentritt. Die Teilnehmer der Risikokonferenz stellen auf diese Weise die Risikokommunikation zwischen der Ebene des Vorstands und dem Risikomanager her.

Dem Vorstand obliegt die unternehmensweite, ressortübergreifende Planung, Steuerung und Kontrolle aller Risikofelder. Er ist einzuschalten bei Maßnahmen, welche das Risikokapital erheblich verändern können, bei ressortübergreifenden geschäftlichen Maßnahmen sowie bei den strategischen und operationalen Risiken, die sich auf die Reputation des Unternehmens negativ auswirken können. Die Verantwortlichen der einzelnen Funktionsbereiche identifizieren, analysieren, steuern und überwachen fortlaufend die Risiken in ihrem jeweiligen Bereich. Sie werden dabei vom Risikomanager unterstützt. Die Grundlage für den Umgang mit ihren Risiken bilden Vorgaben und Entscheidungen des Vorstandes und des Risikomanagers, die sich aus der jeweiligen Risikopolitik des Unternehmens ergeben.

2. Bedeutsamste Risikofelder und wichtigste Steuerungsmaßnahmen

Veränderungen sozialpolitischer Rahmenbedingungen

Das für einen privaten Krankenversicherer in der Bundesrepublik Deutschland wohl bedeutsamste Risikofeld sind Veränderungen in den sozialpolitischen Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit. Die innerhalb kurzer Zeit wiederholt vorgenommenen Eingriffe in die sozialen Sicherungssysteme bergen insbesondere für die Krankenversicherung erhebliches Risikopotential.

Das hängt damit zusammen, dass aus einem zweigliedrigen System, das aus gesetzlichen Krankenkassen und privaten Krankenversicherungen besteht, nahezu die gesamte Bevölkerung in Deutschland mit Krankenversicherungsschutz versorgt ist. Veränderungen in der Grenzziehung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung haben deshalb unmittelbaren Einfluss auf den privaten Krankenversicherungssektor und seine Größe. Durch die mit Beginn des Jahres 2003 erfolgte deutliche Heraufsetzung der Versicherungspflichtgrenze und die seitherigen weiteren Erhöhungen liegt diese Grenze seit Beginn des Jahres 2006 um nahezu 17 % über dem noch zum Ende des Jahres 2002 maßgeblichen Grenzwert. Damit ist es einer Vielzahl von Angestellten verwehrt, die Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung in eigenverantwortlicher Vorsorge durch eine private Krankheitskostenvollversicherung zu ersetzen, die aufgrund ihrer anders gearteten Beitragskalkulation robuster gegen die Risiken der demographischen Entwicklung ist. Das bedeutet für den Personenkreis der Angestellten eine wesentliche Erschwerung der Zugangsmöglichkeiten zur privaten Krankenversicherung und damit eine Verengung des Marktes. Diese würde sich noch erheblich verstärken, wenn es künftig zu weiteren derartigen Anhebungen der Versicherungspflichtgrenze käme oder wenn ganze Personenkreise, wie zum Beispiel Arbeitnehmer, Beamte, Selbständige oder gar alle Erwerbstätigen, in die Versicherungspflicht einbezogen würden. Insofern bergen die im Hinblick auf eine erneute Reform des Gesundheitswesens aktuell geführten Diskussionen erhebliches Risikopotential. Das kann durch verstärkte Hinwendung auf das sehr kleine Marktsegment der Zusatzversicherung in keiner Weise kompensiert werden.

Den hier dargestellten Risiken begegnet das Unternehmen durch Teilnahme an der politischen Diskussion und durch aktive Mitarbeit in Verbänden und Gremien.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken resultieren hauptsächlich aus der medizinisch-technischen Entwicklung, die einerseits zu einer Verlängerung der Lebenserwartung der Versicherten und andererseits sowohl zur Verbesserung bestehender als auch zur Entwicklung neuer, teilweise kostenaufwendiger Behandlungsmethoden führt. Das kann einen mit dem Lebensalter stärker ansteigenden Bedarf an Versicherungsleistungen sowie eine längere Versicherungsdauer für die Versicherten zur Folge haben. Aus dem Gesundheitswesen ergeben sich Risiken aus der Veränderung der für die private Krankenversicherung maßgeblichen Rahmenbedingungen, wie sie beispielsweise durch die Einführung von Fallpauschalen für bestimmte Krankenhausbehandlungen vorgenommen worden sind. Hinzu kommen eventuelle Veränderungen der Verhaltensweisen der Versicherten und der Leistungserbringer. Aus den genannten Risikobereichen ergibt sich das Risiko im Zeitverlauf ansteigender Versicherungsleistungen.

Dem wird seitens des Unternehmens durch eine eingehende Prüfung und vorsichtige Zeichnungspolitik der Versicherungsanträge, durch Bildung ausreichender versicherungstechnischer Rückstellungen sowie durch eine laufende Überwachung der Ausgaben für Erstattungsleistungen und durch eine regelmäßige Gegenüberstellung von tatsächlich erbrachten und kalkulatorisch berücksichtigten Erstattungsleistungen Rechnung getragen. Die Veränderung der Lebenserwartung wird von den privaten Krankenversicherungsunternehmen gemeinsam dadurch überwacht, dass die Unternehmen über den Verband der privaten Krankenversicherung e.V. und die Deutsche Aktuarvereinigung regelmäßig aktuelle Sterblichkeitsuntersuchungen durchführen. An diese Überprüfung der verwendeten Rechnungsgrundlagen schließt sich erforderlichenfalls das gesetzlich festgelegte Verfahren zur Anpassung von Beiträgen an.

Eine solide und gemäß den gesetzlichen Vorschriften unter Verwendung ausreichender Sicherheiten vorgenommene Kalkulation der Tarife, eine nachhaltige Überschussverwendungspolitik sowie eine kostensparende Betriebsführung stellen sicher, dass zufallsbedingt höheren Leistungsaufwendungen begegnet werden kann.

In der Krankenversicherung wird die Deckungsrückstellung nach einzelvertraglichen Daten für das Kollektiv berechnet. Kann der für die Berechnung verwendete Rechnungszins nachhaltig nicht erwirtschaftet werden, muss für das Neugeschäft und den Bestand anlässlich von Beitragsanpassungen eine Änderung erfolgen. Solange bis anlässlich einer Beitragsanpassung eine Änderung erfolgen kann, belastet die Bildung der Deckungsrückstellung gemäß dem jeweils noch gültigen Rechnungszins die Ertragslage. Ist die Anpassung des Rechnungszinses dann erfolgt, kann dies allerdings die Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen. Die dauerhafte Erfüllbarkeit des verwendeten Rechnungszinses wird im Rahmen des Kapitalanlagecontrollings und unter Einsatz von Prüfverfahren, die von der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. entwickelt wurden, überwacht. Darüber hinaus wird der Einfluss des Zinsänderungsrisikos dadurch begrenzt, dass die zukünftigen Zahlungsströme aus Prämien, Kapitalerträgen und Verpflichtungen sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

Die Risiken des Ausfalls von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft bestehen darin, dass Rückversicherer, Versicherungsnehmer oder Versicherungsvermittler ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen nicht erfüllen. Zur Steuerung der Liquiditäts- und Ausfallrisiken werden sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen und der allgemeinen Verwaltung analysiert und laufend überwacht. Zur Risikovor-sorge sind bereits pauschale Wertberichtigungen auf den Forderungsbestand gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern vorgenommen worden, die auf Erfahrungswerten der Vergangenheit beruhen. Abrechnungsforderungen gegen Rückversicherer bestanden am Bilanzstichtag nicht.

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen erfolgen im Rahmen der bestehenden Anlagevorschriften unter sorgfältiger Auswahl der einzelnen Anlagen. Für sie sind die Risiken aus der Zins- und Kursentwicklung an den Finanzmärkten von besonderer Bedeutung. Diese werden durch eine breite Mischung nach Anlagearten und eine ausgewogene Streuung nach Schuldnern mit hoher Bonität vermindert. Bei den vom Unternehmen aufgelegten Spezialfonds handelt es sich überwiegend um sogenannte gemischte Fonds, die sowohl festverzinsliche Wertpapiere als auch Aktien enthalten. Für jeden Spezialfonds besteht ein Anlageausschuss, der die Anlagerichtlinien für das jeweilige Fondsmanagement formuliert und deren Einhaltung fortlaufend überwacht. Der Einsatz derivativer Finanzinstrumente ist den Fondsmanagements nur in streng begrenztem Umfang zur Absicherung konkreter Geschäfte gestattet.

Die Entwicklung an den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf die Wertentwicklung der Vermögensanlagen werden laufend unter dem Gesichtspunkt der Risikotragfähigkeit des Unternehmens überprüft. Die für das Geschäftsjahr 2005 vorgenommene Überprüfung hat ergeben, dass die in der Vergangenheit vorgenommene vorsichtige Bewertung der Kapitalanlagen dazu geführt hat, dass nunmehr Zuschreibungen zur Wertaufholung vorzunehmen waren, welche die Nettoverzinsung auf 5,6 % angehoben haben. Die Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verzinsungsverpflichtungen war damit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken treten im Zusammenhang mit den betrieblichen Abläufen auf. Von Bedeutung sind vor allem technische, rechtliche und personenbezogene Risiken, die sich aus der Anwendung gesetzlicher Bestimmungen, der Rechtsprechung und Verwaltungsanordnungen ergeben. Sie werden fortlaufend überwacht und im Hinblick auf eventuelle bilanzielle Konsequenzen überprüft. Zur Risikobegrenzung im Bereich der Informationstechnologie werden fortlaufend Maßnahmen entwickelt und ergriffen, mit denen eine größtmögliche Verfügbarkeit der eingesetzten Hard- und Softwaresysteme sowie Sicherheit und Schutz der Daten erreicht werden kann. Rechtliche Risiken, die mit dem Ausgang von Prozessen zusammenhängen und wesentlichen Einfluss auf die Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten, bestehen derzeit nicht.

Sonstige Risiken

Die Ausstattung mit Eigenmitteln entspricht den aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Die Solvabilitätsspanne ist zu mehr als 320 % mit Eigenmitteln bedeckt. Die auf die verdienten Bruttobeiträge bezogene Eigenkapitalquote beläuft sich auf 17,8 %.

Die Europäische Kommission verfolgt mit dem Projekt Solvency II das Ziel, den Versicherungsunternehmen

LAGEBERICHT

eine risikobasierte Kapitalausstattung vorzugeben. Das könnte im Vergleich zu den derzeit maßgeblichen Solvabilitätsanforderungen zu einem höheren Bedarf an Sicherheitskapital führen. Das Unternehmen bereitet sich auf die künftigen Anforderungen, soweit sie absehbar sind, vor. Mit der vorhandenen, mehrfachen Bedeckung der Solvabilitätsspanne sind bereits Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der künftigen Vorgaben geschaffen.

Allgemeine Angaben

Für die Reisekrankenversicherung besteht ein Rückversicherungsvertrag. Außerdem besteht mit zwei weiteren Rückversicherern ein Überschaden-Ausgleichsvertrag. Haftungsverhältnisse oder Verbindlichkeiten der in § 251 des Handelsgesetzbuches genannten Art bestehen nicht. Aufgrund der Regelungen in den §§ 124ff VAG sind Krankenversicherer zur Mit-

Mitgliedschaften

Der Verein ist Mitglied des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., Berlin, des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln, des Arbeitgeberverbandes der Versicherungsunternehmen in Deutschland e.V., München, der Arbeitsgemeinschaft der Versicherungsvereine auf Gegensei-

Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit mit dem Landeslebenshilfe V.V.a.G. hat im Berichtsjahr weiterhin bestanden.

Chancen der künftigen Entwicklung und Ausblick

In ihrem Koalitionsvertrag „Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit“ haben sich die Regierungsparteien für eine wettbewerbliche und freiheitliche Ausrichtung des Gesundheitswesens ausgesprochen. Ein fairer Wettbewerb zwischen privaten Krankenversicherungen und gesetzlichen Krankenkassen müsse auf den Erhalt eines pluralen Systems und der Kassenvielfalt zielen. Eine Verwirklichung dieser politischen Zielvorstellungen könnte für die private Krankenversicherung und für den Landeskrankenhilfe V.V.a.G. beachtliche Chancen für eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit eröffnen und die demographischen Probleme bei der Finanzierung des Ge-

Dank

Wir danken den Mitgliedern für das entgegengebrachte Vertrauen sowie der Mitgliedervertretung und dem Aufsichtsrat für die konstruktive Zusammenarbeit. Unser Dank gilt ferner den Vertriebspartnern sowie allen

3. Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis sind aus Sicht des Unternehmens gegenwärtig keine konkreten Entwicklungen zu erkennen, die den Fortbestand des Landeskrankenhilfe V.V.a.G. sowie die dauernde Erfüllung der Versicherungsverträge ernsthaft gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens nachhaltig beeinträchtigen könnten. Die Risikosituation wird als kontrolliert und vom Unternehmen tragbar angesehen.

gliedschaft an einem Sicherungsfonds verpflichtet. Dieser kann zusätzlich zur laufenden Beitragsverpflichtung Sonderbeiträge bis zur Höhe von 2 Promille der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben. Daraus könnte sich für den Landeskrankenhilfe V.V.a.G. eine eventuelle künftige Zahlungsverpflichtung von 6.146.524,11 EUR ergeben.

tigkeit e.V., Hannover, des Berufsbildungswerks der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V., München, der Gesellschaft für Versicherungswissenschaft und -gestaltung e.V., Köln, und des Verbandes des Niedersächsischen Landvolkes e.V.

Wechselseitig erbrachte Leistungen wurden gemäß Abkommen vom 9. März 1977 abgerechnet.

sundheitswesens in Deutschland mildern. Diese Chancen dürfen andererseits nicht überschätzt werden. Denn die bisher bekannt gewordenen politischen Diskussionsbeiträge für das Reformvorhaben sind eher auf Vereinheitlichung und damit weniger Wettbewerb sowie auf den Ausbau staatlicher Lenkung und damit weniger Freiheit ausgerichtet. Unter den gegenwärtigen Bedingungen konnte jedoch der positive Geschäftsverlauf des Jahres 2005 in den ersten Monaten des Jahres 2006 weiter fortgesetzt werden, so dass auch für 2006 ein weiteres Bestandswachstum möglich erscheint.

Mitarbeitern des Außen- und Innendienstes, die durch ihren vorbildlichen Arbeitseinsatz dazu beigetragen haben, die Vielzahl der Aufgaben zu erfüllen.

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005

Aktiva	2005		2004
	EUR	EUR	EUR
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks			
			-,- -
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			2.198.643,62
C. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken			14.766.450,44
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		-,- -	-,- -
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		-,- -	-,- -
3. Beteiligungen		5.566.262,79	5.379.012,79
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		<u>7.000.000,00</u>	<u>12.566.262,79</u>
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.381.748.812,26	1.096.461.499,80
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		12.945.700,00	16.128.846,61
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		3.672.631,09	4.505.563,43
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	333.732.635,28		382.019.909,76
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.166.590.818,25		1.103.471.585,02
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine		-,- -	-,- -
d) übrige Ausleihungen	<u>2.556.459,41</u>	<u>1.502.879.912,94</u>	<u>2.556.459,41</u>
5. Einlagen bei Kreditinstituten		220.484.965,07	202.356.925,75
6. Andere Kapitalanlagen		<u>-,- -</u>	<u>-,- -</u>
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			<u>-,- -</u>
			<u>3.149.064.734,59</u>
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolizen			-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005

Aktiva

	2005		2004
	EUR	EUR	EUR
E. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	998.095,07		1.109.816,23
2. Versicherungsvermittler	2.648.814,16		3.335.771,66
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,-	3.646.909,23	-,-
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		-,-	5.990,51
III. Sonstige Forderungen		390.038,65	4.523.001,38
		<u>4.036.947,88</u>	
F. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte		13.127.938,44	8.348.406,13
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.138.697,89	3.124.001,54
III. Eigene Anteile Nennwert bzw. rechnerischer Wert: -,- - EUR		-,-	-,-
IV. Andere Vermögensgegenstände		-,-	-,-
		<u>14.266.636,33</u>	
G. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		38.802.585,55	38.974.862,55
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.723.959,63	2.217.973,23
		<u>40.526.545,18</u>	
H. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB			
		-,-	-,-
Summe der Aktiva		<u><u>3.210.093.507,60</u></u>	<u><u>2.899.125.404,22</u></u>

Gemäß § 73 VAG bestätige ich, dass das in der Bilanz zum 31.12.2005 eingestellte Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Lüneburg, den 28. April 2006

Der Treuhänder

Tödter

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005

Passiva	2005			2004
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		-,- -		-,- -
II. Kapitalrücklage		-,- -		-,- -
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	64.585.000,00			61.455.000,00
2. Rücklage für eigene Anteile	-,- -			-,- -
3. satzungsmäßige Rücklagen	-,- -			-,- -
4. andere Gewinnrücklagen	55.415.000,00	120.000.000,00		36.545.000,00
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		-,- -	120.000.000,00	-,- -
B. Genussrechtskapital			-,- -	-,- -
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			-,- -	-,- -
D. Sonderposten mit Rücklageanteil gemäß § 52 Abs. 16 Satz 3 EStG			-,- -	-,- -
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	82.418,43			79.313,23
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	82.418,43		-,- -
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	2.475.885.409,71			2.214.122.957,78
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	2.475.885.409,71		-,- -
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	133.603.978,47			125.515.147,20
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	133.603.978,47		-,- -
IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung				
1. erfolgsabhängige				
a) Bruttobetrag	429.514.673,91			401.255.426,65
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	429.514.673,91		-,- -
2. erfolgsunabhängige				
a) Bruttobetrag	34.123.116,62			34.947.452,30
b) davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	34.123.116,62		-,- -
			463.637.790,53	
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		-,- -		-,- -
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	52.456,46			53.523,86
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	-,- -	52.456,46	3.073.262.053,60	-,- -

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005

Passiva

	2005		2004
	EUR	EUR	EUR
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
			-,-
G. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.084.807,04	9.069.073,74
II. Steuerrückstellungen		608.117,13	-,-
davon: Rückstellung für voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB: -,- EUR (Vorjahr: -,- EUR)			
III. Sonstige Rückstellungen		<u>1.305.464,48</u>	<u>10.998.388,65</u>
			<u>1.475.935,91</u>
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			
			-,-
I. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
1. Versicherungsnehmern	1.770.248,60		1.968.457,38
2. Versicherungsvermittlern	1.438.823,40		1.949.826,32
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	-,-		-,-
4. Mitversicherungsunternehmen	-,-	3.209.072,00	-,-
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		24.435,09	-,-
III. Anleihen			
davon konvertibel: -,- EUR		-,-	-,-
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		-,-	-,-
V. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>2.577.582,03</u>	<u>5.811.089,12</u>
davon: aus Steuern 367.826,14 EUR (Vorjahr: 9.116.488,05 EUR) im Rahmen der sozialen Sicherheit: 591.701,58 EUR (Vorjahr: 563.837,31 EUR)			
K. Rechnungsabgrenzungsposten			
			<u>21.976,23</u>
Summe der Passiva		<u>3.210.093.507,60</u>	<u>2.899.125.404,22</u>

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter der Position E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung (Alterungsrückstellung) nach § 341 f HGB sowie unter Beachtung der versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

Lüneburg, den 28. April 2006

Verantwortlicher Aktuar

Prof. Dr. Zachow

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005

	2005		2004
	EUR	EUR	EUR
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	24.764.210,45		29.780.005,87
b) Verwaltungsaufwendungen	11.974.898,09	36.739.108,54	11.574.451,80
c) davon ab:			
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		-,-	36.739.108,54
		-,-	-,-
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.065.672,77	980.146,64
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		565.535,98	18.195.384,55
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-,-	32.722,68
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-	-,-
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		-,-	1.631.208,75
		-,-	-,-
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-,-
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			2.392.119,53
		2.823.839,77	
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			26.323.262,50
		35.429.676,63	
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		346.071,89	458.106,06
2. Sonstige Aufwendungen		2.889.540,38	2.627.657,45
		-2.543.468,49	
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			24.153.711,11
		32.886.208,14	
4. Außerordentliche Erträge		-,-	-,-
5. Außerordentliche Aufwendungen		-,-	-,-
6. Außerordentliches Ergebnis			-,-
		-,-	
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		10.821.228,14	9.090.458,84
8. Sonstige Steuern		64.980,00	63.252,27
		10.886.208,14	
9. Erträge aus Verlustübernahme		-,-	-,-
10. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		-,-	-,-
		-,-	
11. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag			15.000.000,00
		22.000.000,00	
12. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			-,-
13. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			-,-
14. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			-,-
15. Entnahmen aus Genusssrechtskapital			-,-
16. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		3.130.000,00	3.246.000,00
b) in die Rücklage für eigene Anteile		-,-	-,-
c) in die satzungsmäßigen Rücklagen		-,-	-,-
d) in die anderen Rücklagen		18.870.000,00	11.754.000,00
		22.000.000,00	
17. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals			-,-
		-,-	
18. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			-,-
		-,-	

Der Jahresabschluss 2005 wurde nach den Vorschriften des VAG, des HGB/AktG sowie der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

Erläuterungen zur Jahresbilanz**AKTIVA****Zu B. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Der Posten enthält ausschließlich gegen Entgelt erworbene Individual- und Standardsoftware. Die immateriellen Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten nach Abzug der linearen Abschreibungen bewertet.

Zu C. Kapitalanlagen

Der Grundbesitz steht mit den um die steuerlich zulässigen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu Buch. Der Bilanzwert der vom Unternehmen im Rahmen seiner eigenen Geschäftstätigkeit genutzten Grundstücke und Bauten beträgt 7.934.074,53 EUR. Eine Beteiligung, die gemäß Gesellschaftervereinbarung in Folgejahren im Rahmen zukünftiger Kapitalanlageinvestitionen eine Kapitaleinlageverpflichtung in Höhe von 0,5 Mio. EUR vorsieht, ist mit den Anschaffungskosten bewertet.

Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden nach den für das Umlaufvermögen geltenden Vorschriften bewertet, sofern sie nicht entsprechend vorliegender Beschlüsse dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen und deshalb gemäß § 341 b HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden. Im letzteren Fall wurden sie nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 HGB bzw. erhöht um Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB, bewertet. Wurden bei den betreffenden Vermögensgegenständen in den Vorjahren Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB vorgenommen und stellte sich heraus, dass die Gründe dafür nicht mehr bestehen, so wurde der Betrag dieser Abschreibung im Umfang der Werterhöhung zugeschrieben. Es wurden danach Zuschreibungen nach § 280 Abs. 1 HGB in Höhe von 38,6 Mio. EUR vorgenommen.

Der Zeitwert für die Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV beträgt 1.452,1 Mio. EUR. Für Grundstücke und Bauten erfolgte die Ermittlung nach dem Ertragswertverfahren auf der Basis der Verhältnisse für 2005. Der Zeitwert der Beteiligungen wurde wegen untergeordneter Bedeutung und geringer Einflussnahme mit den Anschaffungskosten angesetzt. Der Zeitwert der übrigen Kapitalanlagen wurde entsprechend § 56 Abs. 2 RechVersV ermittelt.

Zu E. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Die Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen. Die Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern wie gegenüber Versicherungsvermittlern wurden für zu erwartende Ausfälle aufgrund von Erfahrungswerten um eine pauschale Wertberichtigung gekürzt.

Zu G. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten**EUR**

a) Agio Namensschuldverschreibungen	35.910,76
b) Agio Schuldscheinforderungen und Darlehen	731,15
c) Übrige	1.687.317,72
	<hr/>
	1.723.959,63
	<hr/>

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2005

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr		Zugänge		Umbuchungen		Abgänge		Zuschreibungen		Abschreibungen		Bilanzwerte Geschäftsjahr	
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
B. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs. 1 Satz 1 HGB	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	2.311.430,00	1.370.854,09	1.370.854,09	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	1.483.640,47	-,-	-,-	2.198.643,62
4. Summe B.	2.311.430,00	1.370.854,09	1.370.854,09	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	1.483.640,47	-,-	-,-	2.198.643,62
C I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten														
einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	15.294.348,42	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	3.138,00	-,-	531.035,98	-,-	-,-	14.766.450,44
C II. Kapitalanlagen in verb. Unternehmen und Beteiligungen														
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
3. Beteiligungen	5.379.012,79	193.500,00	193.500,00	-,-	-,-	-,-	-,-	6.250,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	5.566.262,79
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	7.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	7.000.000,00
5. Summe C II.	12.379.012,79	193.500,00	193.500,00	-,-	-,-	-,-	-,-	6.250,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	12.566.262,79
C III. Sonstige Kapitalanlagen														
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.096.461.499,80	246.581.826,87	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	38.705.485,59	-,-	-,-	-,-	-,-	1.381.748.812,26
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16.128.846,61	4.997.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	8.145.646,61	-,-	-,-	34.500,00	-,-	-,-	12.945.700,00
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	4.505.563,43	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	832.932,34	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	3.672.631,09
4. Sonstige Ausleihungen														
a) Namensschuldverschreibungen	382.019.909,76	10.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	58.287.274,48	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	333.732.635,28
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.103.471.585,02	113.000.000,00	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	49.880.766,77	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	1.166.590.818,25
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
d) übrige Ausleihungen	2.556.459,41	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	2.556.459,41
5. Einlagen bei Kreditinstituten	202.356.925,75	18.128.039,32	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	220.484.965,07
6. Andere Kapitalanlagen	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-
7. Summe C III.	2.807.500.789,78	392.706.866,19	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	117.146.620,20	38.705.485,59	-,-	34.500,00	-,-	-,-	3.121.732.021,36
Insgesamt	2.837.485.680,99	394.271.220,28	-,-	-,-	-,-	-,-	-,-	117.152.870,20	38.708.623,59	-,-	2.049.176,45	-,-	-,-	3.151.263.378,21

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu A. III. Gewinnrücklagen

2005

2004

Eigenkapitalquote

17,8 %

15,2 %

1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG

EUR

EUR

Stand am 01.01. des Geschäftsjahres
Einstellung aus dem Jahresüberschuss
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres

61.455.000,00

3.130.000,00

64.585.000,00

58.209.000,00

3.246.000,00

61.455.000,00

4. andere Gewinnrücklagen

Stand am 01.01. des Geschäftsjahres
Einstellung aus dem Jahresüberschuss
Stand am 31.12. des Geschäftsjahres

36.545.000,00

18.870.000,00

55.415.000,00

24.791.000,00

11.754.000,00

36.545.000,00

Gesamt

120.000.000,00

98.000.000,00

Zu E. I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge betreffen ausschließlich die Auslandsreise-Krankenversicherung.

Die übertragungsfähigen Beiträge bzw. Beitragsentgelte der im Geschäftsjahr fällig gewordenen Beiträge wurden für jeden Vertrag einzeln, zeitanteilig für den über den Bilanzstichtag hinausgehenden Versicherungszeitraum, ermittelt. Die sich daraus ergebende Summe wurde um die nicht übertragungsfähigen Teile der Provisionen und sonstigen Bezüge der Vertreter gekürzt.

Zu E. II. Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung ist die Summe der grundsätzlich einzelvertraglich nach der prospektiven Methode berechneten Alterungsrückstellungen, wie in den technischen Berechnungsgrundlagen des Versicherers festgelegt. Dabei wurden die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie die versicherungsmathematischen Methoden nach § 12 Abs. 1 Nr. 1 VAG beachtet. Die Deckungsrückstellung enthält die der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommenen Einmalbeiträge sowie Zuschreibungen und Mittel aus dem gesetzlichen Zuschlag, die dem Aufbau einer Anwartschaft auf Beitragsermäßigung im Alter dienen, ferner den Anteil an der Deckungsrückstellung in der Pflegepflichtversicherung für die Versicherten der Postbeamtenkrankenkasse und für die Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (GPV).

Zu E. III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle umfasst die noch nicht gezahlten Aufwendungen für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen Versicherungsfälle insoweit, als die Inanspruchnahme des Arztes, Krankenhauses o.ä. vor dem Bilanzstichtag liegt oder Tagegeld für Tage vor dem Bilanzstichtag gewährt wird. Diese Rückstellung wurde bezüglich der Krankenversicherung anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, bei dem von den Zahlungen für Versicherungsfälle des Berichtsjahres ausgegangen wurde, die in den eineinhalb ersten Monaten des nach dem Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahres erfolgten. Dieser Ausgangsbetrag wurde um einen Betrag erhöht, der sich aus den Erfahrungswerten der Zahlungen der letzten drei Geschäftsjahre für Versicherungsfälle der jeweiligen Vorjahre ergibt. Auswirkungen außergewöhnlicher Umstände wurden gesondert abgeschätzt. Auch für die Pflegepflichtversicherung wurde die Schadenrückstellung aufgrund von Erfahrungswerten gebildet.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu E. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung

Zerlegung der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
		Poolrelevante Rückstellung für Beitragsrückerstattung aus der Pflegepflichtversicherung	Betrag nach § 12 a Abs. 3 des Versicherungsaufsichtsgesetzes	Sonstiges
1. Bilanzwerte Vorjahr	401.255.426,65	18.682.567,77	16.264.884,53	-,--
2. Entnahme zur Verrechnung	11.829.072,98	11.217.314,65	9.513.928,92	-,--
3. Entnahme zur Barausschüttung	61.591.682,60	-,--	-,--	-,--
4. Zuführung	101.680.002,84	7.438.650,95	12.468.256,94	-,--
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	429.514.673,91	14.903.904,07	19.219.212,55	-,--
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 12 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 32.479.524,83				

In der erfolgsabhängigen RfB sind 177,8 Mio. EUR zur Entnahme von Einmalbeiträgen sowie für Auszahlungen an Versicherte festgelegt.

Für die Geschäftsjahre 2005 und 2006 wurde für schadenfrei gebliebene Versicherte jeweils folgende, nach der Dauer der Schadenfreiheit gestaffelte, erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung in den Tarifen für ambulante Heilbehandlung

100, 101, 102, 103, 105, 110, 120, 121, 150-180, 182, A, II, III

beschlossen.

Der erreichbare Anspruch beträgt:		für 2005	
bei Schadenfreiheit für	Tarif 105	andere o.g. Tarife	
2005 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	3/12	der Beiträge
2004-2005	2/12	3/12	der Beiträge
2003-2005	3/12	4/12	der Beiträge
2002-2005	3/12	4/12	der Beiträge
2001-2005	4/12	5/12	der Beiträge
2000-2005	5/12	6/12	der Beiträge (=50%)

Der erreichbare Anspruch beträgt:		für 2006	
bei Schadenfreiheit für	Tarif 105	andere o.g. Tarife	
2006 (auch bei unterjährigem Beginn)	2/12	2/12	der Beiträge
2005-2006	2/12	3/12	der Beiträge
2004-2006	3/12	3/12	der Beiträge
2003-2006	3/12	3/12	der Beiträge
2002-2006	4/12	5/12	der Beiträge
2001-2006	5/12	6/12	der Beiträge (=50%)

Für die Geschäftsjahre 2006, 2007 und 2008 wurde eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung bei kostenbewusstem Verhalten in Höhe von 5 % der tariflichen Beiträge der substitutiven Krankheitskostenversicherung beschlossen.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

PASSIVA

Zu E. VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Bei dem hier ausgewiesenen Betrag handelt es sich zum einen um eine Stornorückstellung. Sie trägt dem Risiko eines überrechnungsmäßigen Stornos von bilanzierten negativen Deckungsrückstellungen Rechnung, die durch Zillmerung entstanden sind. Sie wurde näherungsweise, ausgehend von den negativen Teilen der Alterungsrückstellung, ermittelt. Zum anderen ist hier eine Rückstellung für den Poolausgleich in der Pflegepflichtversicherung ausgewiesen.

Zu G. I. Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Grundlage der Richttafeln 1998 und 2005 G von Prof. Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von unverändert 6,0 % p.a. berechnet. Dabei erfolgt der Übergang auf die Richttafeln 2005 unter Beachtung des Schreibens des Bundesfinanzministers (IV B 2 - S 2176 - 106/05) vom 16. Dezember 2005. Beträge, die aufgrund des steuerlichen Nachholverbotes zu berücksichtigen sind, liegen nicht vor.

Zu G. III. Sonstige Rückstellungen

EUR

a) Provisionen	389.000,00
b) Jubiläumsaufwendungen	185.655,00
c) Altersteilzeit	360.659,48
d) Jahresabschlusskosten	160.700,00
e) Berufsgenossenschaft	76.500,00
f) Urlaubsverpflichtungen	16.150,00
g) Übrige	116.800,00
	<u>1.305.464,48</u>

Die sonstigen nicht versicherungstechnischen Rückstellungen wurden in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme angesetzt. Die Rückstellung für Altersteilzeit wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet.

Zu I. V. Sonstige Verbindlichkeiten

EUR

a) noch abzuführende Steuern	367.826,14
b) Sozialversicherungsbeiträge	591.701,58
c) aus Lieferungen und Leistungen	1.586.510,64
d) Übrige	31.543,67
	<u>2.577.582,03</u>

Die Verbindlichkeiten wurden mit dem Nennwert bewertet.

Zu K. Rechnungsabgrenzungsposten

EUR

a) Disagio Hypotheken- und Grundschuldforderungen	16.025,87
b) Disagio Namensschuldverschreibungen	1.893,76
c) Disagio Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.056,60
Zwischensumme	<u>21.976,23</u>
d) im Voraus gutgeschriebene Beitragszahlungen	-,-
e) im Voraus erhaltene Mieten und Zinsen	-,-
	<u>21.976,23</u>

ANHANG

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge	2005 EUR	2004 EUR
aa) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Einzelversicherungen	674.529.525,20	644.398.737,47
bbb) Kollektivversicherungen	382.904,90	369.495,57
	<u>674.912.430,10</u>	<u>644.768.233,04</u>
bb) gebuchte Bruttobeiträge, untergliedert nach:		
aaa) laufenden Beiträgen	674.614.874,65	644.448.184,31
bbb) Einmalbeiträgen	297.555,45	320.048,73
	<u>674.912.430,10</u>	<u>644.768.233,04</u>
cc) gebuchte Bruttobeiträge aus:		
aaa) Krankheitskostenversicherungen	535.444.157,32	505.833.171,42
bbb) Krankentagegeldversicherungen	24.790.068,81	24.733.698,49
ccc) selbständigen Krankenhaustagegeldversicherungen	11.264.888,82	11.084.677,45
ddd) sonstigen selbständigen Teilversicherungen	53.849.860,57	54.276.034,97
eee) Pflegepflichtversicherungen	48.384.621,24	47.714.389,59
fff) Auslandsreisekrankenversicherungen	1.178.833,34	1.126.261,12
	<u>674.912.430,10</u>	<u>644.768.233,04</u>

Beitragszuschlag nach § 12 Abs. 4 a des Versicherungsaufsichtsgesetzes: 33.994.500,74 EUR

Zu I. 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	EUR	EUR
a) Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		
Krankheitskostenversicherungen	11.829.072,98	3.226.306,13
Krankentagegeldversicherungen	-,-	-,-
selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	-,-	-,-
sonstige selbständige Teilversicherungen	-,-	797.537,64
Pflegepflichtversicherungen	-,-	993.196,30
	<u>11.829.072,98</u>	<u>5.017.040,07</u>
b) Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
Entnahmen aufgrund § 12 a Abs. 3 VAG	9.513.928,92	2.643.082,51
Pflegepflichtversicherungen	11.217.314,65	-,-
	<u>20.731.243,57</u>	<u>2.643.082,51</u>
	<u>32.560.316,55</u>	<u>7.660.122,58</u>

Beträge gemäß § 12 a VAG	EUR	EUR
Zuschreibung gemäß § 12 a Abs. 2 VAG	20.011.267,89	5.556.941,70
Zuführung zur Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitrags- rückerstattung gemäß § 12 a Abs. 3 VAG	12.468.256,94	3.840.797,61
	<u>32.479.524,83</u>	<u>9.397.739,31</u>

Zahl der versicherten natürlichen Personen	425.483	424.955
Die versicherten natürlichen Personen gliedern sich wie folgt:		
aa) Krankheitskostenversicherungen	207.215	204.383
bb) Krankentagegeldversicherungen	72.809	72.689
cc) selbständige Krankenhaustagegeldversicherungen	134.054	136.323
dd) sonstige selbständige Teilversicherungen	163.320	163.954
ee) Pflegepflichtversicherungen	232.413	229.745
ff) Auslandsreisekrankenversicherungen	69.075	64.858

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Landeskrankenhilfe V.V.a.G., Lüneburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 341 k i.V.m. § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

Hamburg, den 10. Mai 2006

Susat & Partner OHG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Wiechmann
Wirtschaftsprüfer

Mangliers
Wirtschaftsprüfer

BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstandes während des Berichtsjahres laufend überwacht. Er hat sich in fünf Sitzungen sowie durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstandes regelmäßig und eingehend über die Lage und Entwicklung des Unternehmens sowie über wesentliche Vorgänge unterrichtet und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Außerdem wurde über Maßnahmen Beschluss gefasst, die aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Bestimmungen dem Aufsichtsrat obliegen oder seiner Zustimmung bedürfen. Neben grundsätzlichen Fragen der Geschäftspolitik wurden die Unternehmensplanung, der Geschäftsverlauf, die Risikolage und das Risikomanagement behandelt.

Die Buchführung, der Lagebericht und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2005 sind von der in der Sitzung des Aufsichtsrates vom 18. Mai 2005 zum Abschlussprüfer bestellten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft SUSAT & PARTNER OHG, Hamburg, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Alle Aufsichtsratsmitglieder haben die Berichte des Abschlussprüfers unverzüglich erhalten. Die Berichte sind in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates von den Wirtschaftsprüfern erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden. Dem Prüfungsergebnis hat der Aufsichtsrat nichts hinzuzufügen.

Den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2005, den Jahresabschluss sowie die Überschussverwendung hat der Aufsichtsrat geprüft. Er hat keine Einwendungen erhoben und den Jahresabschluss gebilligt, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Lüneburg, den 23. Mai 2006

Der Aufsichtsrat

Dr. Leupelt
Vorsitzender

Aufsichtsrat

Dr. Hans-Jochen Leupelt, Wiemersdorf
Rechtsanwalt, Vorsitzender

Dr. Wilhelm Martens, Tosterglope
Dipl. Landwirt

Joachim Ahlemann, Wuppertal
Rechtsanwalt, stellv. Vorsitzender

Helmut Müller-Lanzl, Neuried
Apotheker

Dr. Otto Hollje-Lüerssen, Oldenburg
Hauptgeschäftsführer i.R., stellv. Vorsitzender

Dr. Carl-Dieter Oschmann, Wiesbaden
Unternehmensberater

Dr. Michael Beetz, Pulheim-Brauweiler
Projekt-Manager

Olaf Schuler, Hann. Münden
Erster Pol.-Hauptkom. a.D.

Kurt Götzelmann, Eisingen
Betriebswirt

Vorstand

Prof. Dr. Ernst-Wilhelm Zachow, Lüneburg
Vorsitzender

Roland Klauser, Vögelsen

Sitz des Unternehmens

21335 Lüneburg, Uelzener Str. 120

Tel. (0 41 31) 7 25-0

Fax (0 41 31) 40 34 02

Internet

www.lkh.de

